



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

GZ 420.440/29-IV/2/84

II-1706 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
DVR: 0000019

723/AB

4. Juli 1984

1984 -07- 05

zu 717 J

An den
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament
1010 W i e n

Sehr geehrter Herr Präsident !

Die Abgeordneten zum Nationalrat Grabner und Genossen haben am 9. Mai 1984 unter der Nr. 717/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage an mich gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1) Welche Maßnahmen und Leistungen Ihres Ressorts für den Bezirk Wiener Neustadt wurden bisher in der XVI. Gesetzgebungsperiode bereits in die Wege geleitet ?
- 2) Welche Maßnahmen und Leistungen Ihres Ressorts für den Bezirk Wiener Neustadt sind in der Folge innerhalb der XVI. Gesetzgebungsperiode noch geplant ?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Ad 1:

Die Bundesregierung war im 1. Jahr der XVI. Gesetzgebungsperiode bemüht, Maßnahmen zu setzen, um die wirtschaftliche Entwicklung im gesamten Bundesgebiet und auch im Bezirk Wr. Neustadt zu forcieren. Hauptaugenmerk wird dabei auf die Sicherung bestehender und auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelegt. Der Einsatz bundesweiter Finanzierungs- und Förderungseinrichtungen wurde so gestaltet, daß ein Durchschlagen der schwierigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen insgesamt gemildert wurde.

- 2 -

Für das Industriegebiet Wr. Neustadt wurden neben allgemein gültigen Förderungsaktionen vor einiger Zeit spezielle Sonderförderungsrichtungen geschaffen, nämlich das mit Beschluß der Bundesregierung vom 7. April 1981 eingerichtete ERP-Sonderprogramm zur Schaffung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen in der Region Wr. Neustadt-Neunkirchen (1 % Zinsen p.a. in der tilgungsfreien Anlaufzeit, dann 5 % p.a.) und die "Gemeinsame regionale Sonderförderungsaktion NÖ-Süd" (Beschluß der Bundesregierung vom 17. November 1981) - die sogenannte 100.000,-- S Aktion. Im Rahmen dieser Aktion werden Förderungen im Ausmaß von max. S 100.000,-- je neu geschaffenem Arbeitsplatz gewährt.

Die in der XVI. Gesetzgebungsperiode für den pol. Bezirk Wiener Neustadt (mit Stadt Wiener Neustadt) genehmigten ERP-Investitionskredite und die Förderungsfälle im Rahmen der Sonderförderung Bund/Land NÖ-Süd umfassen geförderte Investitionsvorhaben im Ausmaß von S 290,293.000,-- womit insgesamt 219 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Die Vergabe von zinsgünstigen ERP-Krediten erfolgt nach wie vor für die Sektoren Energie, Industrie, Gewerbe und Handel, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fremdenverkehr und Verkehr bei Vorliegen entsprechender Anträge im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten.

Im Bereich der verstaatlichten Industrie hat die im Bezirk Wr. Neustadt errichtete "FEPLA-Hirsch" Ges.m.b.H., ein Tochterunternehmen der Chemie Linz AG zur Modernisierung dieses kunststoffverarbeitenden Betriebes 1983 insgesamt 67 Mio Schilling investiert.

Ad 2:

Derzeit werden vorplanende Gespräche für die Installierung eines "japanischen Komponentenzentrums" im Raum Ternitz-Wr. Neustadt geführt. Durch die gemeinsamen Bemühungen vom Bundeskanzleramt, ICD-Gesellschaft für Industrieansiedlung und industrielle Kooperation Ges.m.b.H. und Land Niederösterreich soll ein Teil der künftigen Investitionen japanischer Bauelementehersteller in Europa nach Österreich gezogen werden. Eine Unter-

- 3 -

suchung zur Prüfung dieser Möglichkeit wird in Auftrag gegeben werden. Im Sinne einer kooperativen Regionalpolitik besteht seitens des Bundes ferner die Bereitschaft, bei bestehenden Förderungsaktionen die Konditionen mit dem Land gemeinsam regional gezielt zu verbessern. Für die Abgrenzung dieser Maßnahmen wären die Festlegungen der bestehenden Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG zwischen Bund und Bundesland Niederösterreich heranzuziehen. Diese regional gezielte Verbesserung der Förderungskonditionen würde auch den Bezirk Wr. Neustadt betreffen.

Im einzelnen wäre dies bei folgenden Förderungsaktionen denkbar:

- Kleingewerbeaktion und Kreditkostenzuschüsse nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz (BÜRGES)
- Existenzgründungsaktion (BÜRGES)
- Fremdenverkehrs-Sonderaktion
- Pro-Industrie Aktion (Investkredit AG)

Zu den 3 erstgenannten Aktionen haben bereits Gespräche zwischen Bund und Land Niederösterreich stattgefunden. Bezüglich einer Beteiligung des Bundes an der "Pro-Industrie Aktion" besteht, ebenso wie ganz allgemein an der Gestaltung des gemeinsamen regionalen Förderungsinstrumentariums, eine Gesprächsbereitschaft seitens des Bundes.

